

# Wie die deutsche Arbeiterbewegung zerbricht

## Das politische Spektrum in der Bremer Räterepublik

Von Alexander Ahlers und Jaron Kappauf

■ In der Bremer Räterepublik spielten drei Gruppen eine entscheidende Rolle. Die ursprünglichen Sozialdemokratischen Gruppierungen, die jeweils unterschiedliche Positionen vertraten, sowie das Bürgertum und die Soldaten. Die nachfolgend beschriebenen Parteien und Gruppen entstammen der SPD und hatten eine prägende Rolle in der damaligen Bremer Räterepublik, die im Endeffekt am 4. Februar auf Noskes Befehl niedergeschlagen wurde.

### Die Parteien

Eher konservativ war die Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands. Die MSPD war allgemein eher gegen eine Revolution. Sie standen für die Einführung von Reformen, da sie gedacht hatten, dass eine Revolution der Arbeiterschaft zu dem Zeitpunkt nicht möglich war und zwingend in einem Bürgerkrieg enden würde. Sie wollten also als ersten Schritt eine parlamentarische Demokratie und von dieser aus auf den Kommunismus ausbauen. Als das Rätensystem schließlich durchkam stellten sie sich ebenfalls auf Seiten der Revolution mit dem Ansatz in den verschiedenen Räten die Führungspositionen übernehmen zu wollen. Die MSPD schied im Dezember 1918 aus den Bremer Räten aus.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, kurz USPD, hatte sich, nach der Abspaltung von der SPD wegen der dort vorherrschenden Burgfriedenspolitik, mit dem Spartakusbund vereint, diese spaltete sich jedoch von ihm ab wegen einer zu linksradikalen Vorgehensweise. Die USPD wollte zwar eine Revolution in Bereichen der Umstellung des politischen sowie wirtschaftlichen Systems und lehnten die Nationalversammlung ab.

Der Spartakusbund war von den drei Abspaltungen die linksradikalste, sie schlossen sich mit den Internationalen Kommunisten, am 23. November 1918 zur KPD zusammen, der »Kommunistischen Partei Deutschlands«. Ihre Ziele waren unter anderem den Senat und die Kriminalpolizei aufzulösen sowie das Staatssystem des Kommunismus durchzusetzen. Imperialismus, Kapitalismus und Militarismus dagegen abzuschaffen. Die KPD orientierte sich mit ihren Zielen stark an den Bolschewiki und der russischen Oktoberrevolution. Sie wollten unter anderem Soldaten und Arbeiter als eine rote Garde einstellen und wie die USPD allgemeine Staats- und Wirtschaftsordnung verändern. Besonderen Rückhalt erhielten sie von den 7000 Arbeitern der AG Weser.

### Arbeiter- und Soldatenräte

Im Zuge der Novemberrevolution 1918 bildeten sich am 6. November Arbeiter- und Soldatenräte. Diese wählten sogenannte Volkskommissare. Die Führung der Arbeiter- und Soldatenräte ersetzten in Bremen die Gremien Bürgerschaft und Senat. Aufgrund des nicht Demokratischen Acht-Klassen-Wahlrechts stellte sich die Mehrzahl Bevölkerung auf die Seite der Revolution, die Bremer

Räterepublik entwickelte sich gegensätzlich zu der Berliner Revolution. Arbeiter und Soldatenräte initiierten Großdemonstration und Bewaffnung von Arbeitern. Als weiteres Zeichen des Widerstandes schickten die Bremer Räte ein Telegramm nach Berlin. In diesem forderten sie den Rücktritt der Regierung unter Ebert.

### Aufspaltung der SPD

Die Aufspaltung der SPD erfolgte aufgrund gegensätzlicher politischer Meinungen innerhalb der Fraktion. Bereits am Anfang des ersten Weltkriegs deuteten sich erste Hinweise



Ein Neustädter macht Geschichte: Friedrich Ebert, hier mit Familie.

auf eine Spaltung der SPD an. Die Akzeptanz der politischen Handlungen der Regierung unter dem amtierenden Kaiser Wilhelm wurde von einer Minderheit als skeptisch angesehen. Bemerkbar machten sich die Unstimmigkeiten etwa bei einer internen Abstimmung 1914, bei der jene Minderheit um Karl Liebknecht gegen Kriegskredite stimmte. Der kurz darauf von Rosa Luxemburg mit gegründete Gruppe »Internatio-

nale« schloss sich auch Karl Liebknecht an.

Liebknechts Widerstand gegen den Burgfrieden machte sich im weiteren Verlauf durch ein von ihm publiziertes regierungskritisches Flugblatt und erneuter Ablehnung gegen Kriegskredite bemerkbar. Dadurch wurde Liebknecht im Januar 1916 aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen, blieb aber weiterhin in der

»Internationale« aktiv, die den offiziellen Namen »Spartakus« nach Publizierung der gleichnamigen Zeitung annahm. Oppositionelle Sozialdemokraten, mitunter der Spartakusbund gründeten am 8. April 1917 die USPD. Die revolutionären Vorstellungen konnte der Spartakusbund innerhalb der USPD aber nicht umsetzen und da sich die Mehrheit der USPD, ähnlich wie die SPD, gegen Ende des ersten Weltkriegs, für

eine demokratische Republik, ohne Revolution stimmte, entfernte sich der Spartakusbund und gründete die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Durch die Morde an Liebknecht und Luxemburg im Januar 1918 geriet die KPD immer mehr in Abhängigkeit von der kommunistischen Partei der Sowjetunion.

## Die Bremer Schulreform ...

... zum Zeitpunkt der Bremer Räterepublik

Von Luca Dominik Krammig, Piet Petermann und Michal Remisiewicz

### ■ Schule in der Kaiserzeit in Bremen

Es wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt. In der Schule stand die »Ausbildung zum Untertanen« im Vordergrund. Der Unterricht war sehr streng und diszipliniert, schon kleinste Vergehen wurden mit Schlägen oder anderen physischen Bestrafungen geahndet. Ebenso wurden Schüler von Schülerinnen getrennt. Der Unterricht war militärisch geprägt, so wurde viel Wert auf körperliche Verfassung gelegt. Die meisten Schulen waren entweder in privater oder kirchlicher Hand.

Doch vor allem in Bremen stieg die Zahl der Staatlichen Schulen gegen 1890 stark an. In liberalen Kreisen galt das Bremer Schulsystem als fortschrittlich. Denn in Bremen wurde eine Senatskommission gegründet die sich mit den Staats- und Privatschulen beschäftigt hat. Ein weiterer Punkt ist das die meisten Schulen in Bremen Konfessionslosen Religionsunterricht hatten und sogar die ersten staatlichen Volksschulen nur das Fach »Biblische Geschichte« unterrichtet haben. In Bremen gab es Grund zur Besserung, die Geldmittel wurden ungerecht verteilt, so lagen die Kosten für ein Volksschüler, der damals niedrigsten Schulform, bei etwa 57,27 M und bei einem Gymnasiasten, der höchsten Schulform, bei etwa 467,40 M im Jahr.

### Erste Widerstände gegen die Schulpolitik in Bremen

Am 1. Mai 1905 gab es eine Versammlung von Volksschullehrer, die sich gegen die Arbeit des damaligen Schulinspektors ausgesprochen haben. Dabei wurde diskutiert das die Freiheit der Lehrer im Unterricht gegeben sein soll und eine Abschaffung des Religionsunterrichts aus den staatlichen Schulen erfolgen sollte.

Die Forderungen der Lehrer wurden vom Senat ignoriert bis der Öffentliche Druck die die Lehrer durch Proteste erzwungen haben zu groß wurde. Einer der Schritte die der Senat vorgenommen hat war eine Ermittlung gegen den Schulinspektor.

Im Endeffekt wurde der Schulinspektor, vom Senat von seiner Funktion entlassen, aufgrund des Drucks den die Öffentlichkeit auf die Unterrichtskommission ausgeübt hat, dieser Druck entstand durch die Entlassung von den führenden Lehren die sich für die Entlassung des Schulinspektors eingesetzt haben. Da die Öffentlichkeit hinter den Lehren stand war es abzusehen das weitere Änderungen folgen können.

### Die schulpolitischen Pläne des Senats

Der Senat war der Ansicht, dass die öffentliche Erziehung und der Unterricht, an den Schulen, im Sinne

der nationalen Selbstbehauptung sowie dem Weltmachtstreben des Deutschen Reichs angepasst werden müsste. Diese nationalökonomischen Gründe für eine Reform nannte der Schulvorsteher Hormann eine »Vorbereitung... zur kräftigen Wehrhaftmachung unseres Volkes für den schweren Wettbewerb, der uns bevorsteht.« Diese Vorbereitung beinhaltete einen Ruf nach einer nationalen Jugenderziehung, Verstärkung des Wehrtunsens und Ausbau der Fortbildungsschulen. Aber auch Reformen im allgemeinbildenden Schulwesen waren angestrebt.

Im »Bericht, betreffend den weiteren Ausbau des bremischen Schulwesens« vom Schulinspektor Bohm wurde sich außerdem stark gegen die Einführung der Einheitsschule ausgesprochen, da man eine Benachteiligung der Hochbegabten befürchtete. Doch gerade diese sollten, etwa durch einen leichteren Übergang aufs Gymnasium gefördert, werden. Stattdessen forderte Bohm die Einführung der Mittelstufe, da sie das »Bildungsbedürfnis weiterer Kreise unserer Bevölkerung« abdeckt. Auch die Aufhebung der entgeltlichen Schulen, sollten durch ein nach Elterneinkommen gestaffeltes Schulgeld an Volksschulen ersetzen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Reformpläne stark konservativ waren und das Schulsystem noch besser an die sozialen Schichten der Gesellschaft angepasst werden sollte, um die bestehenden Strukturen zu erhalten.

### Die schulpolitischen Pläne des Bildungsausschusses

Im November 1918 setzt der »Aktionsausschuss« des Arbeiter und Soldatenrates mehrere Ausschüsse, darunter auch den »Ausschuss für das Bildungswesen« unter der Leitung von Karl Klawitter, ein. Die Forderung dieses Ausschusses wurden in einem Sofort-Reformprogramm festgehalten und unter anderem von Heinrich Eildermann, Heinrich Esdorn, Dietrich Alfken und Hermann Böse ausgearbeitet. Die Hauptpunkte des Sofortprogramms lauteten:

- 1) Abschaffung des Religionsunterricht
- 2) Umgestaltung des Geschichtsunterricht
- 3) Demokratisierung der Schulverwaltung

1) Die Abschaffung des Religionsunterrichts stand vor dem Hintergrund die Schule und das »Herrschaftsinstrument« Kirche zu trennen, um die weltanschauliche Neutralität des Staates zu gewährleisten. Religionsfeindliche Motive spielten hierbei keine Rolle.

2) Der Geschichtsunterricht sollte dahingehend umgestaltet werden, dass militärische und monarchistische Tendenzen aus dem Unterricht entfernt und durch den wissenschaftlichen Sozialismus ersetzt würden.

3) Die Demokratisierung der Schulverwaltung sollte vor allem die Schulvorsteher treffen, welche als Hauptsäule des alten Systems erachtet wurden. Außerdem waren alle Lehrer dem »Ausschuss für das Bildungswesen« untergestellt, was zur Folge hatte, dass die Räteregierung politische und wirtschaftliche Richtlinien vorgeben konnte und zusätzlich die Kontrolle über die Lehrerschaft hatte.

Abschließend lässt sich resümieren, dass das Sofortprogramm liberaldemokratische Züge hatte und im wesentlichen die Ideen der Lehrerbewegung von 1905 wieder aufnahm. Außerdem war das Ziel der Schulreform nicht die methodische und didaktische Freiheit der Lehrer, sondern viel mehr eine Umgestaltung der Schule von einer bürgerlich-kapitalistischen hin zu einer sozialistischen Schule.



Hermann Böse

#### Schulreform nach dem ersten Weltkrieg

Vor allem in Bremen war nach dem Ende des ersten Weltkrieges eine starke Schulreform vorherzusehen, da die politisch links orientierten und kommunistischen Bewegungen hier besonders ausgeprägt waren. Und so übernahm die USPD schließlich die Initiative und stellte den »Antrag zur Einführung der Einheitsschule«. Selbstverständlich oder einfach war das Durchsetzen der neuen Schulform jedoch keineswegs. Finanzielle Schwierigkeiten, Druck von der Bevölkerung sowie mögliche Differenzen innerhalb der neuen Regierung standen dem Antrag noch immer im Weg. Befürchtungen, welche sich als durchaus berechtigt erwiesen, denn der Antrag wurde zunächst vom Landeswahlverband mit der Begründung abgelehnt, dass die Zukunftszustände sowohl in Deutschland als auch in Preußen noch viel zu unklar seien. Die Empfehlung war hier ganz eindeutig, es müsse Geduld gezeigt werden.

Ein wenig später kam es dann zur Bildung der »Kommission wegen der Einheitsschule«, welche die noch offen stehenden Fragen zum Recht, zu der Finanzierung sowie zu der allgemeinen Technik klären sollte. Doch die Diskussionen zogen sich, besonders in der Politik, in die Länge. Schließlich dauerte der Vorgang den sozialistischen Parteien in der Bremer Nationalversammlung zu lange. Und sie übten erfolgreich Druck aus, indem sie zu öffentlichen Protesten aufriefen. So wurde der Antrag vom Parlament angenommen. Nach langem hin und her kam es 1920 schließlich zu dem ersten Jahrgang einer staatlichen Grundschule. Die Reform war hier keineswegs abgeschlossen, aus finanziellen und räumlichen Gründen, existierten die staatlichen und privaten Schulen zunächst nebeneinander. Dennoch war das Durchsetzen des Antrages ein wichtiger und Ausschlag gebender Schritt in der Schulentwicklung.



## Arbeitsblatt zum politischen Spektrum der Räte

### Aufgabenstellung:

1. Erstelle eine Mindmap, welche von der SPD ausgeht und gib etwaige Spaltungsgründe an.
2. Mit welcher Partei konnte sich die größte gesellschaftliche Gruppe in Bremen identifizieren?
3. Welche Partei könnte für den Ursprung dieses Flugblattes verantwortlich sein und welchen Beweggrund hatten sie.